

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,

Standortbestimmung in der Krise

Der Begriff KRISE beherrscht in zunehmendem Maße viele Lebensbereiche. Es wird immer schwieriger in einer Lage, die ständig unübersichtlicher wird, neue Analyseaspekte oder neue Handlungsideen zu entwickeln, um der Vielzahl bestehender Missstände zu begegnen.

Unser Staat hat einerseits mit einer Wirtschafts- und Finanzkrise in einem bisher nicht dagewesenen Umfang zu kämpfen. Andererseits gilt es mehr denn je, Zukunftsfähigkeit zu entwickeln und dabei existenzielle Felder wie Bildungsstrategie, Chancengleichheit und gerechte Lebensbedingungen für alle Menschen neu zu definieren und engagiert anzugehen.

Die wichtigste Ressource unseres Staates befindet sich in den Köpfen seiner Menschen: Auf Wissen, Bildung und Charakter basieren sozialer Frieden, Wohlstand und Fortschritt.

Welche Rolle spielen nun Kommunen in diesem gewaltigen Umwälzungsprozess?

Reicht es, sie so zu gewichten wie in der neuen Programmatik der Bundesregierung:

„Wir wollen in Deutschland starke Kommunen ... die kommunale Selbstverwaltung ist ein hohes Gut ... die Folgen der Wirtschaftskrise haben die Leistungsfähigkeit vieler Kommunen strapaziert und Fragen nach der Güte kommunaler Leistungsfähigkeit aufgeworfen ... wir setzen uns für leistungsfähige Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände ein, um die vielfältigen Aufgaben auch in Zukunft sicherzustellen.“

Oder, meine sehr geehrten Damen und Herren, müssen die Kommunen neben diesen relativ allgemein gehaltenen Ausführungen, die in Art und Weise ja nicht neu sind, eine ganz andere, klar strukturierte Ausrichtung mit entsprechend präzise definierten Arbeitsschritten hinsichtlich

- Wahrnehmung,**
- Bedeutung,**
- Aufgabenübertragung,**
- Finanzierung und**
- individueller Eigenständigkeit**

bekommen.

Sie sehen, ich habe die Finanzierung – so wichtig sie auch ist – in einen bedeutend größeren Kontext gestellt. Anstatt Inhalte ausschließlich auf der Grundlage von Finanzen zu definieren, sollte vielmehr der Einsatz finanzieller Mittel auf der Grundlage notwendiger Inhalte festgelegt werden.

Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, grundlegend, nachhaltig und gerecht Antworten zu Komplexen wie z. B. Bildungsarmut, Ausbildungsdebakel, Probleme junger Menschen, Begleitung von Familien sowie Verschiebung der Blöcke Jung und Alt im Rahmen der demographischen Entwicklung zu finden.

Das heißt, es muss Raum für notwendige gesellschaftspolitische Ideen und Prozesse vorhanden sein oder geschaffen werden.

Dazu gehört neben politischer Kreativität die Sicherstellung von Mindeststandards gemeindlicher Aufgabenerfüllung.

Es muss alles daran gesetzt werden, aus schwindender Hoffnung nicht Hoffnungslosigkeit zu machen.

Die gemeindliche Selbstverwaltung nach Art. 28 unseres Grundgesetzes muss wieder zielführend für gemeindliches Handeln werden. Der Krise kommunaler Finanzen, wie z. B. in den Ruhrgebietsstädten und vielen Städten des Bergischen Landes kann man nicht nur mit der Behauptung begegnen, bestimmte Städte hätten ihre Finanzmiserie in hohem Maße oder in weiten Teilen selbst verschuldet.

**Katastrophale
Einnahmeausfälle.
Haushaltskonso-
lidierung ohne
Chance?**

Über die Notwendigkeit von Haushaltskonsolidierung und Ausgabendisziplin brauchen wir keinen Streit – sie sind unabdingbar. Viele Kommunen, so auch Oberhausen, haben über lange Zeiträume (seit 1986) immer wieder Konsolidierungsanstrengungen unterschiedlicher Art unternommen. Die Erfolge allerdings, die zweifellos zu konstatieren waren, wurden mit Regelmäßigkeit durch sich negativ ändernde externe Rahmenbedingungen konterkariert.

Die Plandaten, wie

- Steuerschätzung für Bund, Länder und Gemeinden von Mai und November 2009,**
- Orientierungsdaten NRW vom 31.08.2009 und**
- die vorliegenden Modellrechnungen nach dem GFG 2010 NRW**

in Verbindung mit dem katastrophalen Rückgang der gemeindlichen Einnahmen, insbesondere bei der Gewerbesteuer, verursachen eine solche sogenannte externe Rahmenbedingung, auf die die Kommunen keinerlei Einfluss haben.

Bestehende Planungen – nach objektiven Kriterien, wie Orientierungsdaten und einer nach bestem Wissen und Gewissen vorgenommenen Einschätzung der Finanzlage erstellt – sind mit einem Schlag zu Makulatur geworden.

Wenn, wie für das Jahr 2010, zwischen dieser Planung und der bitteren Realität in Oberhausen Welten liegen, wie z. B.

- Mindereinnahmen Gewerbesteuer ca. 35 Mio. EUR**
- verminderter Anteil an der Einkommensteuer ca. 16,6 Mio. EUR und**
- verminderte Zuweisungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz des Landes NRW ca. 28 Mio. EUR,**

sind diese Einbrüche nicht mehr kompensierbar. Keine Haushaltskonsolidierung der Welt kann hierauf auch nur annähernd reagieren.

Steigende Sozialausgaben

Wirtschaftskrisen führen nicht nur zu Einnahmeausfällen, sondern insbesondere auch zur Steigerung von Sozialausgaben.

Die Hartz IV-Bedarfsgemeinschaften in Oberhausen lagen in

12/2008 bei	13.175 werden in
12/2009 bei ca.	14.500 und in
12/2010 mit Wahrscheinlichkeit bei ca.	16.000 liegen.

Wenn dann noch ergänzend der Bund seine Erstattungsquote bei den Kosten der Unterkunft zu Lasten der Kommunen ändert (von 25,4 auf 23,0 %), werden Ausgaben kaum noch beherrschbar.

Es ist auch zu fragen, ob man schwierige und wichtige Aufgaben, wie die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit auch noch mit rechtlichem „Niemandland“ befrachten muss, zu dem Christian Ude für den Deutschen Städtetag ausführt:

„Die Städte kritisieren, dass es bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit nicht zu einer Verfassungsänderung kommt, um die Arbeitsgemeinschaften aus Kommunen und Arbeitsagenturen rechtlich abzusichern. Umso mehr kommt es jetzt darauf an, dass die Bundesagentur für Arbeit den Kommunen für die getrennte Aufgabenwahrnehmung attraktive Angebote zur freiwilligen Zusammenarbeit unterbreitet so wie es die Koalition ankündigt.“

Eine Trennung von Aufgabenwahrnehmung durch die Arbeitsagenturen einerseits und die Kommunen andererseits würde auf dem Rücken von 7 Millionen Hilfeempfängerinnen und Hilfeempfängern ausgetragen – vom zusätzlichen Verwaltungs- und Kostenaufwand ganz zu schweigen.

Leistungserbringung unter einem Dach in sinnvoller Kooperation muss die unabdingbare Forderung für diesen wichtigen Aufgabenbereich sein.

Wie bedeutsam gerade die Felder Jugend und Soziales sind, verdeutlichen folgende Oberhausener Zahlen:

Städtischer Zuschuss für

	1991	2010
Soziales + Jugend	54,3 Mio. EUR	173,6 Mio. EUR
davon Kindertageseinrichtungen	2,4 Mio. EUR	20 Mio. EUR

Handlungsfähigkeit unserer Städte

Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,
insbesondere Städte mit hoher Verschuldung, hohen sozialen Anforderungen und starken Einnahmeschwächen, werden durch die Wirtschafts- und Finanzkrise besonders getroffen – Städte wie auch Oberhausen.

**Dazu die Präsidentin des Deutschen Städtetages
Petra Roth:**

„Es muss verhindert werden, dass Kommunen finanziell zusammenbrechen und ihren Bürgern immer weniger und schlechtere Leistungen anbieten können. Die Finanzlage vieler Städte ist bereits jetzt verheerend und wird sich im kommenden Jahr weiter verdunkeln. Die aktuelle Steuerschätzung macht die ganze Dramatik der Einnahmeverluste deutlich, die noch größer sind als bisher befürchtet.“

Der Deutsche Städtetag verweist ergänzend auf folgende Daten und Einschätzungen:

- Kurzfristige Kassenkredite der Kommunen von inzwischen 32,6 Mrd. EUR sind ein Alarmzeichen das niemand übersehen kann. Das Volumen, mit dem Städte laufende Ausgaben auf Pump finanzieren müssen, hat sich damit in den vergangenen 10 Jahren mehr als verfünffacht.**
- Die Haushalte vieler Städte drohen zwischen zwei Mühlsteinen zerrieben zu werden: Zwischen sinkenden Steuereinnahmen und steigenden Sozialausgaben.**

- 2009 brechen von bisher 41 Mrd. EUR Gewerbesteuer brutto voraussichtlich 7,4 Mrd. EUR weg – das sind rund 18 %. Damit ist der Verlust noch einmal 1,4 Mrd. EUR höher, als bei der Steuerschätzung im Mai vorhergesagt.
- Die Sozialausgaben klettern gleichzeitig erstmals auf rund 40 Mrd. EUR – beinahe doppelt soviel wie kurz nach der Wiedervereinigung.
- Ab 2010 müssen die Kommunen bis 2013 voraussichtlich Defizite zwischen Einnahmen und Ausgaben von jeweils mehr als 10 Mrd. EUR befürchten. Diese Höhe ist bisher beispiellos, auch gegenüber dem Defizit aus dem Jahre 2003 von 8,4 Mrd. EUR in der bisher schwersten kommunalen Finanzkrise.

Geplante Steuerentlastungen der Bundesregierung einhergehend mit gravierenden Steuereinbrüchen

Diese geplanten Steuerentlastungen verursachen eine weitere drastische Einnahmever schlechterung bei den Kommunen. Jede Milliarde Steuerweniger-einnahme trifft eine Gemeinde wie Oberhausen mit ca. 400.000 EUR.

In aller Deutlichkeit: Wenn also zu den wegbrechenden Steuereinnahmen noch kreditfinanzierte Steuerentlastungen on top kommen, ist das Verstehen, insbesondere auf gemeindlicher Ebene, mehr als schwierig.

Der bei diesem Vorhaben gebrauchte Begriff von „Steuern auf Sicht“ ist vielleicht in guten Zeiten verständlich, aber wohl nicht das, was Menschen in einer derartigen Krisensituation an Orientierung erwarten.

Interessant auch in diesem Zusammenhang die Einordnung und Beurteilung z. B. von kommunalen Schulden und den gerade genannten Bundes-schulden.

Haushaltsentwurf 2010

**Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,
erstmalig wird Ihnen bereits zum Haushaltseinbringungstag der Haushaltsentwurf in Buchform auf Ihre Tische gelegt werden. Ich hoffe, dass er Ihnen für die schwierigen Beratungen eine frühzeitige Grundlage ist und danke an dieser Stelle allen Beteiligten unseres Hauses – insbesondere in der Finanzverwaltung – für zügiges und gutes Arbeiten.**

Zur Art des Entwurfs: Ich lege Ihnen heute – und darüber habe ich auch die Bezirksregierung informiert – einen sogenannten Anmeldehaushalt vor. Alle Ansätze sind gemäß Anmeldungen der Dezer-nate und Bereiche ungeändert in den Entwurf übernommen worden.

Im weiteren Beratungsverfahren werden zur klaren Abgrenzung u. a. HSK-Maßnahmen im Rahmen von Veränderungsnachweisungen vorgelegt; sowie in Ergänzung der Haushaltssicherungskonzepte 2008/2009 in der Fortsetzung für 2010.

Bitte betrachten Sie deshalb die Entwurfswahlen als Beratungseinstieg mit sicherlich noch erheblichem Aktualisierungs- und Änderungspotenzial.

Der Entwurf des Gesamtergebnisplanes 2010 weist zur Zeit ordentliche Erträge von 484,5 Mio. EUR und ordentliche Aufwendungen von 631,4 Mio. EUR aus. Hieraus ergibt sich eine Differenz von minus 146,9 Mio. EUR als Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit.

Gerade bei der letztgenannten Zahl zeigt sich die ganze Dimension der finanziellen Negativentwicklung. In der mittelfristigen Finanzplanung war bisher ein Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit von 48 Mio. EUR geplant, also ein weiteres Minus-Delta von fast 100 Mio. EUR.

Das Finanzergebnis für 2010 beträgt zur Zeit 46,3 Mio. EUR, sodass sich ein Gesamtjahresergebnis von minus 193,3 Mio. EUR ergibt.

Dieses Ergebnis, und darauf weise ich an dieser Stelle ausdrücklich hin, wird sich durch Haushaltskonsolidierungsüberlegungen, Aktualisierung von Ansätzen u. a. verändern.

Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich genau an dieser Stelle, an der wir über das Finanzergebnis reden, das sich zum größten Teil aus Zinsaufwendungen zusammensetzt, auf folgende Zahlen hinweisen: Der durchschnittliche Zinssatz für Kassenkredite liegt zur Zeit bei 0,5 %, der Höchstsatz im April 2001 lag bei 5,7 %.

Die Änderung bei den Kassenkreditzinsen um 1 Prozentpunkt würde für Oberhausen zur Zeit ca. 12 Mio. EUR Mehrbelastung bedeuten. Anders ausgedrückt: Würden wir einen derartigen Höchstsatz, wie gerade mit den 5,7 % genannt, nochmals bekommen, würde das eine zusätzliche Belastung von ca. 60 Mio. EUR p.a. auf einen Schlag für diese Stadt bedeuten.

Investitionen/Entschuldung

Der Haushaltsentwurf sieht bei den langfristigen Darlehen eine Entschuldung von 9,8 Mio. EUR vor. Einer Tilgungssumme von 17,8 Mio. EUR steht ein Kreditbedarf von 8 Mio. EUR gegenüber.

Mittel für Investitionen stehen unter der klaren Maßgabe von Gefahrenabwehr, absolut gebotener Substanzerhaltung, Energieeinsparungen und eindeutig nachgewiesener Wirtschaftlichkeit. Dazu kommt der ohnehin bestehende Genehmigungsvorbehalt durch die Aufsichtsbehörde.

Im Übrigen verweise ich zu diversen Haushaltspositionen auf den Vorbericht zum Haushaltsentwurf 2010, auf den eigentlichen Plan, sowie die meiner Rede beigefügten Kurzübersichten.

Personal

Einer der wesentlichen Teile der Haushaltskonsolidierung ist die Senkung der Personalkosten durch Stellenabbau und sozialverträgliche Personalverminderung.

In 2009 werden wir über den bereits vorgenommenen Haushaltskonsolidierungsvorwegabzug weitere 0,6 Mio. EUR einsparen können. Die im Haushaltsentwurf vorgesehene Steigerung für 2010 basiert auf gesetzlichen Vorgaben, die von der Stadt nicht zu beeinflussen sind.

Der Personalbestand sank von Dezember 2008 bis heute um 34 von 2.011 auf 1.977. 75 Planstellen sind zur Zeit unbesetzt.

Folgende aufsichtsrechtliche Restriktionen bestehen bezogen auf die Personalwirtschaft:

- Genehmigung jeder externen Einstellung.**
- Genehmigung jeder Versetzung von Tarifbeschäftigten, die eine Höhergruppierung auslöst, in der Regel, weil die zu besetzende vakante Stelle einen höheren Stellenwert „frei macht“.**
- Festlegung eines Beförderungskorridors von 1 % bei allen Beamtinnen und Beamten einschließlich Feuerwehr; das heißt, für die Stadtverwaltung Oberhausen 8 mögliche Beförderungen pro Jahr.**

Selbst dieser Notkorridor soll für Städte mit negativem Eigenkapital abgeschafft werden. Ob dieses Abschaffen jeglicher Fortkommens- oder Aufstiegsperspektive im Rahmen von Haushaltskonsolidierung und geordneter Aufgabenerfüllung sinnvoll ist, ist in hohem Maße zweifelhaft.

- Wie meines Erachtens Finanzmittel verschleudert werden, zeigt folgende neue gesetzliche Regelung bei der Feuerwehr:

Durch die Begrenzung der Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten des feuerwehrtechnischen Dienstes im 24 Stunden Einsatzdienst von 54 auf 48 Wochenstunden, ergibt sich ein Personalmehrbedarf von 25 Feuerwehrleuten.

Dieser Mehrbedarf konnte bisher mit der sogenannten „Opt-Out-Regelung“ aufgefangen werden. Die Beschäftigten der Feuerwehr konnten hierbei auf freiwilliger Basis Mehrarbeitsstunden leisten und erhielten für jede geleistete Schicht eine Zulage. Dadurch entstehen derzeit Aufwendungen in Höhe von jährlich 525.600 EUR.

Bedauerlicherweise ist diese Regelung bis zum 31.12.2010 befristet. Eine Regelung durch den Landesgesetzgeber für eine Verlängerung des „Opt-out“ fehlt bisher. Ebenso haben Diskussionen innerhalb der EU nicht zu einer Lösung geführt.

Zusammengefasst: Durch den Wegfall der Mehrarbeitsstunden und die daraus resultierenden notwendigen Personalmehreinstellungen ergeben sich Mehrkosten von über einer halben Million Euro für Oberhausen.

Krisenstreiflichter - Wertet man das derzeitige gesetzliche Instrumentarium zur Haushaltskonsolidierung vor dem Hintergrund der tatsächlichen Finanz- und Aufgabensituation in Städten und Gemeinden, liegt folgender Gedanke nahe:

**Es darf nicht sein,
was nicht sein soll,
obwohl es zwangsläufig Realität ist!**

Hier ist der Gesetzgeber gefordert, nicht nur den betroffenen Kommunen, sondern auch den Einrichtungen der kommunalen Aufsicht ein an der Realität ausgerichtetes, rechtliches Gerüst zu schaffen.

- Zur Altschuldenproblematik wird zur Zeit Vieles diskutiert. Unverrückbar klar ist, dass etliche Städte in NRW – insbesondere im Ruhrgebiet und im Bergischen Land – so auch Oberhausen dieses Problem ohne Landeshilfe und ggf. Hilfe aus der Solidargemeinschaft aller Städte nicht lösen können.
- Sollen Städte eine Zukunft, auch auf dem Fundament geordneter Finanzwirtschaft haben, ist die Erreichbarkeit und Erreichung des sogenannten Primärsaldoausgleichs unabdingbar; das heißt, Erträge und Aufwendungen eines Jahres müssen ohne Berücksichtigung der Altschulden saldiert zumindest eine schwarze Null ergeben.

Dieses Ansinnen wird ausgesprochen schwierig zu realisieren sein und nur in einem Paket von

- **Aufgabenneustrukturierung**
- **Änderung von Kommunalisierungsgraden bei der Aufgabenerfüllung**
- **geänderter Berücksichtigung z. B. des Sozillastenansatzes im kommunalen Finanzausgleich**

- **Solidarhilfen von abundanten Städten (gleich Städten mit hoher Finanzkraft, die keine Schlüsselzuweisungen benötigen)**
- und**
- **engagierter Haushaltskonsolidierung der belasteten Städte, die im Rahmen eines solchen Hilfspaketes auch wieder sinnvoll, einsehbar und überzeugend sein kann.**

Nicht zuletzt ist die Überdenkung des sogenannten Fonds Deutscher Einheit mehr als notwendig und sollte noch vor seinem Auslaufen in 2019 mit aller Kraft angegangen werden.

Oberhausen hat bisher in diesen Fonds einschließlich Zinsen und Zinseszinsen 235,4 Mio. EUR eingezahlt – davon jeder Euro kreditfinanziert. Das sind über 16 % der in 2010 veranschlagten Kassenkredite.

Abschluss

Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,

seit 1986 beschäftige ich mich mit Haushaltskonsolidierung.

Oft habe ich geglaubt, wir schaffen den Ausgleich oder kommen zumindest in die Nähe eines solchen Zustandes.

Bei vielen Rückschlägen (Sisyphos lässt grüßen ...) habe ich geglaubt, schlimmer kann es nicht mehr kommen.

Heute muss ich konstatieren, es ist schlimmer gekommen. Änderung tut Not.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass vielleicht doch noch irgendwann verstanden wird, dass die Rettung kommunalen Lebens mindestens genau so wichtig ist, wie die Rettung von Bankensystemen in diesem unserem Staat.

Ich wünsche uns, aber insbesondere den Menschen in Oberhausen, gemeinsam Erfolg auf diesem schwierigen Weg.

Ich danke sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

Glück auf!

- Es gilt das gesprochene Wort -